



Zehn Jahre Agenda 2010

Michael Hüther und Dietmar Bartsch im Streitgespräch

Es debattierten der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, und IW-Chef Michael Hüther. Die Gesprächsleitung hatte Knut Bergmann, Leiter des IW-Hauptstadtbüros.

Dietmar Bartsch zieht bei der Frage, was an der Agenda 2010 gut beziehungsweise schlecht war, einen weiten Bogen. „Histo-

risch gesehen ist es ja Fakt, dass Deutschland damals große Probleme hatte. Es gab einen Anstieg und eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit, auf dem Höhepunkt betrug die Massenarbeitslosigkeit fünf Millionen. Und es gab immer schlechtere Bedingungen für die Arbeitslosen, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukommen.“ Die zweite Regierung Schröder habe das gesehen und gehandelt, sagt Bartsch,

und dabei „viel, aber nicht alles falsch gemacht“. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe empfindet der Abgeordnete der LINKEN durchaus als positiv. „Diese Reform ist sicherlich sinnvoll gewesen, über das Niveau sage ich jetzt aber nichts.“

Bartsch räumt zudem ein, dass die nominelle Arbeitslosigkeit „relevant“ zurückgegangen sei, von fünf auf drei Millionen. Das Arbeitsvolumen aber sei faktisch nicht gestiegen. Und weil der Niedriglohnsektor ausgebaut wurde, sei die gesamte Lohnentwicklung alles andere als positiv verlaufen.

»Hartz IV ist Armut per Gesetz«

Gleichzeitig habe sich die Schere zwischen Arm und Reich geöffnet. Die Aussage, Hartz IV sei Armut per Gesetz, ist für Bartsch „im Kern richtig“.

IW-Chef Hüther stimmt Bartsch zu, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer konsistenten Grundsicherung für Arbeitssuchende überfällig war, weil man auf diese Weise auch Erwerbsfähige, die in der Sozialhilfe waren, in die Förderstruktur hinein- →



Dr. Knut Bergmann, Leiter des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (links), Dr. Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE (Mitte), Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

Inhalt

Vereinigtes Königreich. Ein EU-Austritt wäre nicht nur politisch fatal. Auch wirtschaftlich hätte das Folgen: Der europäische Binnenmarkt würde um 15 Prozent schrumpfen.
Seite 4-5

Portugal. Dank vieler Reformfortschritte stehen die Chancen gut, dass sich das Land schon im nächsten Jahr wieder aus eigener Kraft am Kapitalmarkt finanzieren kann.
Seite 6

Tarifverträge. Seit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sind in vielen Tarifverträgen altersbezogene Regelungen gestrichen worden – zum Beispiel beim Entgelt.
Seite 7

Verkehrsinfrastruktur. Deutschlands Autobahnen und Bundesstraßen zerbröseln zusehends, weil für die Reparatur seit Jahren zu wenig Geld zur Verfügung steht.
Seite 8



© 2013 IW Medien - Iwd 9 - Foto: IW Köln

→ nehmen konnte. „Zuvor hatten die Kommunen meist das Ziel, Arbeitslose immer mal wieder so lange in Beschäftigung zu bringen, dass sie nicht dem kommunalen Sozialhaushalt zur Last fielen und man Geld sparen konnte.“

Die Wasserscheide für den Arbeitsmarkt sieht Hüther im Jahr 2005. „Seitdem steigen alle Erwerbsquoten an, die Jugendarbeitslosigkeit hat sich auf 8 Prozent halbiert, der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbspersonen sinkt nicht mehr, und der Niedriglohnsektor steigt nicht mehr an.“

Die flexiblen Erwerbsformen hätten zwar zugelegt, sagt Hüther, das habe aber nichts mit dem Niedriglohnsektor zu tun. „Wir stellen fest, dass das überwiegend Menschen sind, die vorher in der stillen Reserve, also außerhalb des Arbeitsmarktes, oder in der Arbeitslosigkeit waren.“ Dementsprechend seien nach wie vor rund 40 Prozent der Erwerbspersonen in einem unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob tätig.

Besonders ermutigend findet es der IW-Direktor, dass die Beschäftigung mit 41,9 Millionen Personen ein Niveau erreicht hat, das man sich vor acht Jahren nicht vorstellen konnte. Und er findet es „hochspannend, dass eine angebotsseitige Reform tatsächlich Wirkung gezeigt hat“.

Bartsch dagegen will diese Erfolgsbilanz so nicht akzeptieren. „Die Anzahl der Vollzeit Arbeitsplätze ist zwar nicht weiter gesunken, aber auch nicht gestiegen. Es ist zwar schon ein bisschen her, aber 1991 gab es 29 Millionen Vollzeit Arbeitsplätze, jetzt sind es nur noch 23 Millionen.“ Unbestritten sei auch, dass der Niedriglohnbereich längerfristig ausgebaut worden sei, und es könne auch niemand leugnen, dass die Löhne nicht gestiegen seien, stellt Bartsch fest. „Wenn man sich die Einkommensentwicklung in Deutschland ansieht, dann hat das unterste Zehntel in den letzten zehn Jahren 9,6 Prozent verloren und das oberste Zehntel 15,6 Prozent dazugewonnen.“ Verantwortlich macht Bartsch dafür den Niedriglohnsektor, der den Druck auf die Stammebelegschaften erhöht habe. Viele Menschen seien in schwierige Situationen gekommen, weil jede Arbeit zumutbar ist,

Seit 2005 steigen alle Erwerbsquoten an, die Jugendarbeitslosigkeit hat sich auf 8 Prozent halbiert.

Michael Hüther

was auch die Gewerkschaften geschwächt habe. Nach seiner Meinung ist die Bilanz der Agenda 2010 letztlich negativ.

»Die Löhne steigen doch«

Hüther widerspricht der Einschätzung des Bundestagsabgeordneten. Er gibt zu bedenken, dass in der deutschen Industrie durchweg Reallohnsteigerungen zu verzeichnen waren. Und der Niedriglohnsektor sei mit einem Anteil von gut einem Fünftel im internationalen Vergleich eher unauffällig, ergänzt der IW-Direktor.

Bartsch weist in diesem Zusammenhang auf ein weiteres Thema hin, das der Altersarmut. Die Hartz-IV-Reformen hätten dieser Entwicklung den Boden bereitet,

denn im Bereich der niedrigen Löhne entstanden faktisch keine Rentenansprüche, meint der Politiker. Hier sei die Gesellschaft zur Solidarität verpflichtet.

Auch Hüther sieht das Problem der Altersarmut. „Aber was ist die relevante Alternative für diese Menschen?“, fragt der Ökonom. Wer arbeitslos bleibe, hätte anschließend auch keine Rente, die oberhalb der sozialen Grundsicherungsschwelle läge.

»In den Kommunen ist genügend Arbeit«

Der IW-Direktor möchte das Problem deshalb schon im Ansatz bekämpfen, indem mehr in Bildung investiert wird, um so den Menschen ein auskömmliches Einkommen und am Ende eine anständige Rente zu sichern.

Bartsch stimmt dem zu, will allerdings auch etwas für jene Menschen tun, die jetzt in Schwierigkeiten stecken. Er möchte die Arbeitsmarktpolitik wieder hochfahren. „Man muss sich nur die Kommunen angucken, da ist genügend Arbeit, und wir müssen dazu einen Zugang finden.“ Bartsch: „Was die öffentlichen Haushalte betrifft, bin ich der Auffassung, dass unsere derzeitige Einnahmepolitik falsch ist. Wir müssen dringend mehr Einnahmen generieren. Und ich meine, dass bei den riesigen Vermögen, die wir in Deutschland haben, etwas abgeholt werden muss.“

Der Abgeordnete macht geltend, dass in Deutschland beides gestiegen sei – die Geldvermögen und die Anzahl der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. „Ich will nicht behaupten, dass es da einen Kausalzusammenhang gibt. Aber wenn es so ist, dann ist eine starke Solidargemeinschaft gefordert und deswegen heißt es, im wahrsten Sinne des Wortes ‚steuernd‘ einzugreifen.“

IW-Chef Hüther dagegen will von einer Unterfinanzierung des Staates nichts

wissen und verweist zum einen auf den historischen Höchststand der Steuereinnahmen. Er sieht den Spielraum vielmehr auf der Ausgabenseite. Denn: „Ich habe historisch begründet kein Zutrauen darin, dass der Steuerstaat, sobald er mehr Mittel hat, diese wirklich effizient verwendet.“ Schon deshalb lehnt der Ökonom eine Vermögenssteuer ab.

Außerdem treffe sie in einem hohen Maß Personenunternehmen, weil Betriebs- und Privatvermögen nicht einfach zu trennen seien, betont Hüther. Man habe dann ganz schnell Handwerksbetriebe in der Vermögens- oder in der Substanzbesteuerung. „Und dagegen sträubt sich bei mir alles.“

Der IW-Direktor teilt zwar die Argumentation von Bartsch, dass eine solche Steuer Vermögensmilliardären nicht wehtue, und fände eine stärkere Besteuerung dieser Gruppe auch völlig in Ordnung. „Aber die Frage ist doch, wie kriege ich das organisiert?“

Bartsch will die Reichen aber auch an anderer Stelle zur Kasse bitten. „Eine höhere Erbschaftssteuer bei ordentlichen Freibeträgen finde ich ebenfalls gerecht.“ Den Einwand von Hüther, dass man bei der Erbschaftssteuer ebenfalls Betriebe und Arbeitsplätze gefährde, lässt er nicht gelten. Man könne Geld- und Immobilienvermögen durchaus vom Betriebsvermögen abgrenzen.

Mit seinen Vorstößen will der Politiker vermeiden, dass nach der Bundestagswahl wieder die Verbrauchssteuern erhöht werden. Denn eines sei für ihn klar, „nach der Wahl kommen wir wegen der Euro-Rettung in schwere Gewässer, das ist meine feste Überzeugung als Haushälter.“ Und die Politik sei immer ganz schnell bei einer Mehrwertsteuererhöhung, weil das scheinbar keinem wehtue.

Bartsch ist durchaus bei Hüther, wenn er feststellt, dass eine Vermögenssteuer so konzipiert sein muss, dass der Handwerker in Greifswald kein Existenzproblem

bekommt. Deswegen könne man darüber nachdenken, eine einmalige Vermögensabgabe zu beschließen und festzulegen, dieses Geld für die Bildung einzusetzen.

»Wir brauchen eine Auffanglinie nach unten«

„Wir brauchen“, so Bartsch, „eine Auffanglinie nach unten, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.“ Die LINKE fordere 10 Euro je Stunde, das entspräche dem Existenzminimum.

Allerdings lässt Bartsch auch mit sich reden. „Wenn es wirklich im Bundestag einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben würde, würde ich dem erst mal zustimmen.“ Auch sei es enorm wichtig, dass man die Regelung so gestalte, dass sie

Wenn es im Bundestag einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben würde, würde ich zustimmen.

Dietmar Bartsch

nicht dazu führt, dass von einem Tag auf den anderen „wirklich einige Unternehmen krachen gehen“. Man brauche Übergangsregelungen für kleinere Betriebe. Hüther sieht den Mindestlohn kritischer. „Staatliche Lohnuntergrenzen passen nicht in unser System der Tarifautonomie.“ Und wenn die LINKE fordere, der Mindestlohn müsse das Existenzminimum absichern, dann komme man bei einem Vier-Personen-Haushalt relativ schnell auf einen Stundenlohn von 12 Euro. „Ich müsste also noch familien-spezifische Mindestlöhne organisieren.“ Bartsch will sich auf diese Diskussion nicht einlassen, da er es nicht akzeptiert, dass Leute für die berühmten 3,80 Euro die Stunde arbeiten und dann noch als Aufstocker zur Arbeitsagentur gehen müssen. Die Frage, ob ein Mindestlohn kommt, hält er ohnehin politisch für „erledigt“. Wenn es eine geheime Abstimmung gä-



© 2013 IW/Köln. Foto: IW Köln

be, oder auch eine namentliche, würde es heute im Parlament eine riesige Mehrheit für den Mindestlohn geben. „Die Höhe ist eine andere Frage, aber das ist auch keine Aufgabe, die zuallererst in der Politik zu regeln ist.“

Auch das Argument, andere Länder seien in Sachen Mindestlohn längst viel weiter, will Hüther nicht gelten lassen. „Gerade der Blick nach Frankreich mit seinen hohen Mindestlöhnen sollte uns abschrecken, denn dort ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren von 17 auf 23 Prozent angestiegen.“ Man müsse einfach die Gefährdungspotenziale sehen und könne aus den jetzigen Befunden nicht einfach ableiten, dass ein allgemein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in entsprechender Höhe keine Wirkung hätte. „Dafür würde ich die Hand nicht heben wollen.“

Die Langfassung des Interviews sowie weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.iwkoeln.de

Das Thema „Agenda 2010 – Fluch oder Segen?“ behandeln auch die Berliner Gespräche des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln am 7. März 2013 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund. Weitere Informationen unter: www.iwkoeln.de Presse/Veranstaltungen

Das Vereinigte Königreich

To stay or not to stay? Ob Großbritannien in der Europäischen Union (EU) bleibt, wird die Volksabstimmung zeigen, die Premierminister David Cameron im Fall seiner Wiederwahl für 2017 angekündigt hat. Rein formal ist ein Austritt durchaus möglich, schließlich sieht der EU-Vertrag diese Option ausdrücklich vor. Die europäische Integration allerdings würde erheblichen Schaden erleiden, wenn das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland – wie es offiziell heißt – nach mehr als 40 Jahren die Gemeinschaft verließen. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen wären gravierend. Bei einem britischen Exit, einem Brexit, würde der europäische Binnenmarkt – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – um fast 15 Prozent schrumpfen. Und auch für das Land selbst dürfte ein Ausscheiden mit ökonomischen Nachteilen verbunden sein.

Die britischen Unternehmen sind nämlich auf dem europäischen Binnenmarkt sehr aktiv: Im Jahr 2011 ging gut die Hälfte der britischen Exporte in EU-Mitgliedsstaaten. Größter Kunde war Deutschland, gefolgt von den Niederlanden und Frankreich. Größtes Abnehmerland außerhalb des Binnenmarktes waren die USA, gefolgt von der Schweiz und China. Die Regionalstruktur auf der Importseite ist ähnlich, knapp die Hälfte der Importe bezieht Großbritannien aus der EU. Allerdings importiert das Königreich mehr, als es exportiert: 2011 betrug das Handelsbilanzdefizit 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das Leistungsbilanzdefizit fiel dagegen mit 1,4 Prozent des BIP deutlich niedriger aus, weil die Briten im

Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland traditionell Überschüsse erzielen und auch der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen positiv war. Negativ ist seit vielen Jahren auch der Posten der „laufenden Übertragungen“, wozu zum Beispiel die britischen Zahlungen an den EU-Haushalt gehören. Trotz des von Margaret Thatcher Anfang der 1980er Jahre ausgehandelten Britenrabatts ist das Land ein Nettozahler – Großbritannien zahlt also mehr in den Brüsseler EU-Etat ein, als es zurückerhält. Zuletzt überwiesen die Briten unterm Strich 5,6 Milliarden Euro an den Unionshaushalt, ohne Rabatt wären es sogar rund 9,4 Milliarden Euro gewesen.

Erdöl rein, Erdöl raus

Britischer Außenhandel 2011 in Milliarden Euro

Einfuhren insgesamt 484,0		Ausfuhren insgesamt 361,0	
darunter:		darunter:	
Erdöl und Erdölerzeugnisse	50,6	Erdöl und Erdölerzeugnisse	42,1
Straßenfahrzeuge	41,9	Straßenfahrzeuge	31,0
Gold	27,8	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	26,2
Verschiedene Waren	21,8	Gold	24,1
Elektrische Maschinen	20,5	Kraftmaschinen und Kraftmaschinenausrüstungen	23,0
Geräte für die Nachrichtentechnik	19,8	Verschiedene Waren	17,4
Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungs-maschinen	19,2	Elektrische Maschinen	13,2
Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	19,1	Maschinen für verschiedene Zwecke	12,8
Kraftmaschinen und Kraftmaschinenausrüstungen	17,6	Andere Beförderungsmittel	12,8
Bekleidung und Zubehör	16,5	Organische chemische Erzeugnisse	10,5

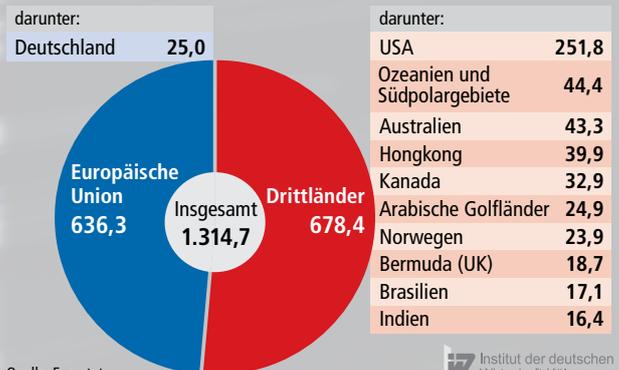
Quelle: Eurostat

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 9

Wo Großbritannien investiert

Britischer Direktinvestitionsbestand 2011 in Milliarden Euro



Quelle: Eurostat

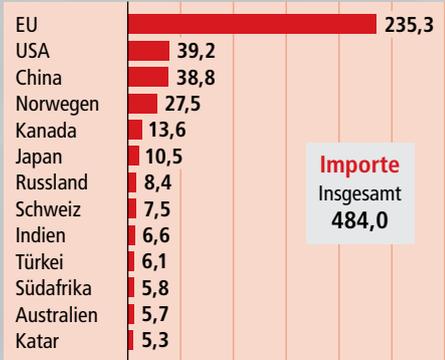
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 9

Europa ist der wichtigste Absatzmarkt



Außenhandel des Vereinigten Königreichs mit den wichtigsten Partnern im Jahr 2011 in Milliarden Euro



VAE: Vereinigte Arabische Emirate
Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 9

Briten schätzen deutsche Produkte



Britischer Außenhandel in Milliarden Euro



Quelle: Eurostat

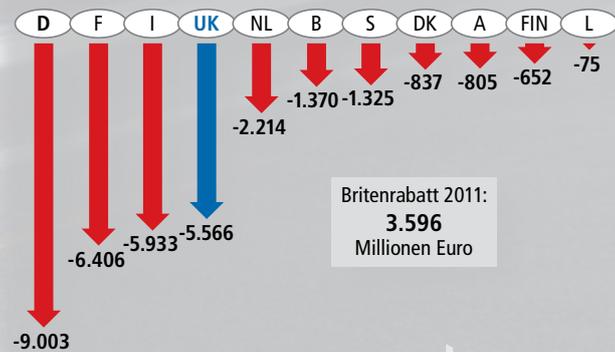
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 9

EU-Haushalt: Die Briten zahlen drauf



Nettozahler im EU-Haushalt 2011 in Millionen Euro



Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 9

Die größten Börsen



Aktienumsatz 2012 in Milliarden Dollar

NYSE Euronext US (New York, Chicago, San Francisco)	13.443
Nasdaq	9.784
Tokio Stock Exchange (Tokio)	3.463
Shanghai Stock Exchange (Shanghai)	2.599
Shenzhen Stock Exchange (Shenzhen)	2.369
London Stock Exchange (London)	2.194
NYSE Euronext Europe (Amsterdam, Brüssel, Lissabon, Paris)	1.576
Korea Exchange (Busan)	1.518
TMX Group (Toronto, Montreal, Calgary, Boston)	1.357
Deutsche Börse (Frankfurt)	1.276

Quelle: Statista

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 9

Hafen der Hoffnung

Portugal. Das Land ist auf dem besten Weg, der Welt zu zeigen, dass der Euro-Rettungsschirm kein Dauerschicksal ist, sondern Hilfe zur Selbsthilfe sein kann. Das wäre nicht nur für Portugal ein riesiger Erfolg, sondern hätte auch für die Hilfsstrategie der Eurozone unschätzbare Symbolkraft.

Noch vor einem halben Jahr wurden die Unkenrufe immer lauter, die Portugiesen bräuchten ein zweites europäisches Hilfspaket, wenn das erste Anfang 2014 nach drei Jahren ausläuft. Inzwischen sieht es jedoch so aus, als ob das Land sich im nächsten Jahr wieder aus eigener Kraft am internationalen Kapitalmarkt finanzieren könnte.

Portugals Erfolgsrezept heißt Einsicht: Um das Vertrauen der internationalen Investoren zurückzugewinnen, hat die Regierung von Premierminister Pedro Passos Coelho immer wieder versichert, dass auch sie das Land für reformbedürftig hält und fast alle vorgeschriebenen Korrekturen der Troika – das sind

die Vertreter von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), die den Reformprozess begleiten – ohne Wenn und Aber mitträgt.

Zwar hatten sich die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr aufgrund der Rezession schwächer entwickelt als erwartet. Doch mit strenger Ausgabendisziplin und einem weiteren Konsolidierungspaket konnte die Regierung gegensteuern.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds sank die Staatsausgabenquote zwischen den Jahren 2010 und 2012 von mehr als 51 Prozent auf knapp 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Reformfortschritte gibt es auch in anderen Bereichen. Der IWF lobte vor allem die konsequente Rekapitalisierung der Banken, sodass alle größeren Finanzinstitute wieder auf die Beine gekommen sind.

Um den Arbeitsmarkt zu beleben, ist die Lohnpolitik durch die Einführung von Öffnungsklauseln flexibili-

siert worden. Zudem soll der sehr hohe Kündigungsschutz durch die erneute Kürzung von Abfindungen weiter liberalisiert werden.

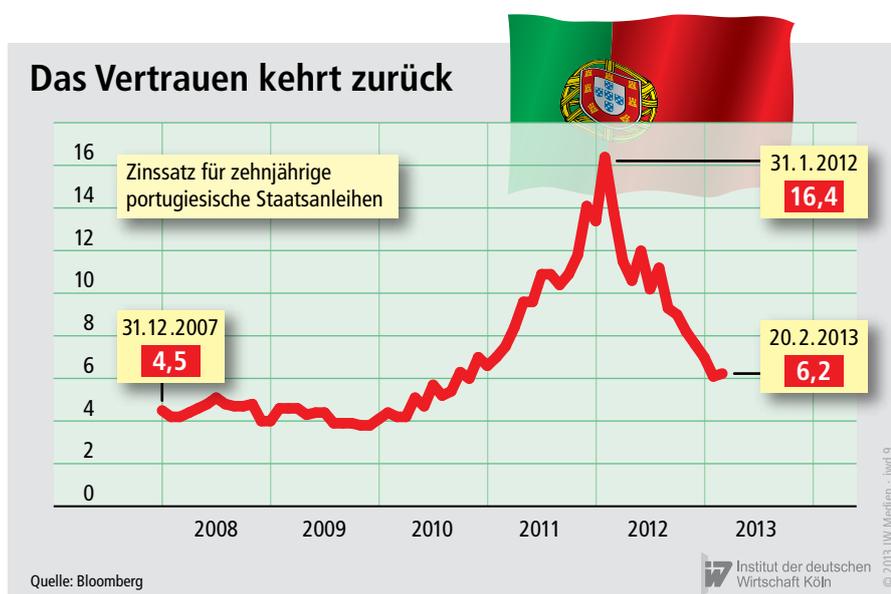
Die Reformstrategie trägt bereits Früchte: Die portugiesischen Exporte haben sich zuletzt deutlich dynamischer entwickelt als zunächst erwartet. Parallel dazu sind die – zuvor überdimensionierten – Importe deutlich geschrumpft.

Für 2013 rechnet der IWF damit, dass das portugiesische Leistungsbilanzdefizit auf nur noch 1 Prozent des BIP sinkt – im Jahr 2008 waren es fast 13 Prozent.

Belohnt wird der konsequente Reformkurs auch von den Finanzmärkten, die Portugal wieder Vertrauen schenken und dem Land vor kurzem erstmals seit langem wieder Staatspapiere abkauften. Der Zinssatz für zehnjährige portugiesische Staatsanleihen ist von gut 16 Prozent Ende Januar 2012 sehr deutlich auf mittlerweile 6,2 Prozent gefallen (Grafik).

Die Chancen, dass die Zinsen weiter sinken und Portugal in gut einem Jahr auf eigenen Füßen stehen kann, sind angesichts dieser Reformfolge nicht schlecht.

Allerdings bleiben auch Risiken. Zwar schien sich die Konjunktur Mitte 2012 zu erholen, brach danach aber wieder ein. Jetzt hoffen Experten auf einen zaghaften Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte. Bleibt der aus, droht nicht nur die Schulden Tragfähigkeit Portugals ins Wanken zu geraten. Fraglich wäre dann vor allem, ob die arg gebeutelten Portugiesen die Reformen weiterhin mittragen.



Die Erfahrung ersetzt das Alter

Tarifverträge. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet Diskriminierungen wegen des Geschlechts, der Herkunft, des Glaubens oder auch des Alters. Viele altersbezogene Regelungen in Tarifverträgen sind deshalb im Laufe der vergangenen Jahre angepasst worden.

Mit Inkrafttreten des AGG 2006 haben die Tarifparteien ihre Tarifverträge durchforstet und vor allem die Altersstaffelung beim Entgelt beseitigt. Stattdessen wird im öffentlichen Dienst jetzt nach Erfahrungsstufen und in der M+E-Industrie nach anforderungsbezogenen Entgeltstufen entlohnt.

In vielen Branchen wurde auch die Staffelung der Urlaubstage nach dem Lebensalter abgeschafft. In einigen Fällen mussten allerdings erst die Gerichte nachhelfen. So kippte das Landesarbeitsgericht Düsseldorf 2011 die altersbezogene Urlaubsstaffelung im Einzelhandel.

Tarifliche Regeln speziell für ältere Arbeitnehmer gibt es auch beim Kündigungsschutz. Zwar richten sich die Kündigungsschutzfristen nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit, jedoch gibt es in einigen Branchen Ausnahmen (Tabelle):

Das private Bankgewerbe gewährt Arbeitnehmern ab 50 Jahren mit mindestens zehn Jahren Betriebszugehörigkeit einen besonderen Kündigungsschutz und eine Verdienstsicherung.

Aus Gründen der Rechtssicherheit sollten die Tarifparteien auch diese Regelungen prüfen – schließlich könnten unter 50-Jährige solche Richtlinien als ungerechtfertigte Ungleichbehandlung betrachten.

Goodies für Oldies

Tarifvertragliche Regeln für ältere Arbeitnehmer



Lebensalter



Betriebszugehörigkeit

	Staffelung der Kündigungsfristen nach ...	Besonderer Kündigungsschutz für Ältere ab ... Jahren	Verdienstsicherung für Ältere ab ... Jahren	Automatische Lohn-erhöhungen nach ...
Industrie				
Bauhauptgewerbe	■			
Chemische Industrie	●+ ■		50+10	●+ ■
Druckindustrie	■			■
Metall- und Elektro-Industrie (NRW)	■	55+10	53+12	■
			54+11	
			55+10	
Papierverarbeitung (West)	■			●+ ■
Textil (Westfalen-Lippe)	■	55+10	55+10	●+ ■
Dienstleistungen				
Privates Bankgewerbe	■	50+10	50+10	■
Einzelhandel (NRW)	■	53+15	50+15	●+ ■
Gastgewerbe (Sachsen)	■	50+10		
Öffentlicher Dienst (Gemeinden)	■	40+15		■
Touristik	■	25 oder:		■
		45+20		
Versicherungen	■	25 oder:	50+10	■
		55+10		
Handwerk				
Frisör (NRW)	■			
Gebäudereinigung (NRW)	■			■
Kraftfahrzeuggewerbe (NRW)	■	55+12	55+12	

Besonderer Kündigungsschutz für Ältere: im Einzelhandel nur in Unternehmen mit mindestens 50 Vollzeitbeschäftigten; Verdienstsicherung für Ältere: im Einzelhandel für 30 Monate Ausgleich zwischen altem und neuem Tarifeinkommen, im Kraftfahrzeuggewerbe nur in Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten
Quellen: NRW-Tarifregister, WSI-Tarifarchiv

Deutschlands Straßen zerbröseln

Verkehrsinfrastruktur. Obwohl die Straße der wichtigste Transportweg ist, ist das deutsche Straßennetz chronisch unterfinanziert. Um dies zu ändern, müsste die Verkehrspolitik aufgewertet und reformiert werden. 

Anfang März soll die Leverkusener Rheinbrücke, die seit Dezember 2012 wegen baulicher Mängel für schwere Lkws gesperrt ist, wieder für Schwertransporter geöffnet werden. Viele der knapp 39.000 Brücken des deutschen Fernstraßennetzes sind in einem schlechten Zustand – manche Brücke gilt gar als irreparabel. Einen Reparaturstau gibt es aber auch nebenan: Fast 10.000 Kilometer Bundesfernstraßen gelten als dringend sanierungsbedürftig.

Dass Deutschlands Straßen zunehmend zerbröseln, hat eine simple Ursache: Obwohl der Verkehr in den vergangenen 20 Jahren auf allen Straßen kräftig zugelegt hat, stagnieren die Investitionen:

Die Infrastruktur verfällt

Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen in Milliarden Euro

■ Geplante Investitionen ■ Geschätzter realer Investitionsbedarf ■ Investitionsbedarf plus Nachholbedarf



Die Ausgaben für den Verkehr liegen seit Mitte der 1990er Jahre bei rund 20 Milliarden Euro im Jahr.

Davon wandern jährlich rund 5 Milliarden Euro in den Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen. Daran wird sich auch in den nächsten Jahren wenig ändern (Grafik):

Bis 2016 erhält das Bundesverkehrsministerium für Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen jährlich nur noch 4,8 Milliarden Euro.

Diese Summe reicht weder aus, um vorhandene Straßenschäden zu reparieren, noch um neue Straßen zu bauen. Allein um den Status quo zu erhalten, wären nach Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln mehr als 8,5 Milliarden Euro jährlich nötig – Tendenz steigend, da die Baukosten rasant zu-

nehmen. Rechnet man die seit 2000 aufgelaufenen Investitionsrückstände noch hinzu, kommt man sogar auf 13 Milliarden Euro jährlich.

Und selbst bei dieser Summe ist der Erhaltungsbedarf der Bundesfernstraßen noch nicht berücksichtigt. Bei vielen Autobahnen und Bundesstraßen steht nämlich eine Grundsanierung an.

Adressaufkleber



IW-Positionen Nr. 59

Thomas Puls: Stur in den Stau? Ein Plädoyer für neue Wege in der deutschen Verkehrspolitik, Köln 2013, 60 Seiten, 11,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Aboservice: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.